

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (14. Jahrgang, Nr.06, Juni 2020)
besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Es ist unfair, Regierungsparteien an ihren Wahlversprechungen zu messen.

Franz Müntefering, Bundespolitiker, geb. 1940

Diakonie warnt vor Rolle rückwärts beim Frauenbild durch Corona-Pandemie

- Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt nicht aus dem Blick verlieren
- Rollenbild darf sich nicht in Care-Arbeit und Kinderbetreuung manifestieren
- Politik und Arbeitgeber müssen frauen- und gleichstellungspolitische Schieflage verhindern

Die Diakonie Deutschland warnt in der Corona-Krise vor einer Rolle rückwärts beim Frauenbild und der Geschlechtergerechtigkeit. Die Corona-Pandemie verschärft aktuell die berufliche Ungleichheit zwischen berufstätigen Frauen und Männern, so auch das Ergebnis einer jüngst veröffentlichten Online-Befragung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. In Haushalten mit mindestens einem Kind unter 14 Jahren haben 27 Prozent der Frauen, aber nur 16 Prozent der Männer ihre Arbeitszeit reduziert, um die Kinderbetreuung zu gewährleisten. Bei Haushalten mit geringem oder mittlerem Einkommen fällt die Diskrepanz noch größer aus. Danach lastet die Corona-bedingte zusätzliche Betreuungs- und Erziehungsarbeit mehrheitlich auf den Frauen, auch reduzieren berufstätige Frauen weitaus häufiger als Männer ihre Arbeitszeit oder arbeiten spät abends oder früh morgens. Das befördert die bereits bestehende frauen- und gleichstellungspolitische Schieflage und schadet erheblich der Gesundheit von Frauen.

*Diakonie Deutschland
Pressestelle, Zentrum Kommunikation, Berlin*

(gekürzte Fassung. Der vollständige Beitrag ist in unserem Internetauftritt unter www.dags-konvent.de / Diskussionsforum zu lesen.)

53 Jahre arbeiten für eine Mini-Rente

Wer in der Pflege lediglich den Mindestlohn bekommt, müsste bei einer 35-Stunden-Woche 53 Jahre ununterbrochen arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundversicherung von aktuell 814 Euro zu erhalten. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Parlamentarische Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Bei einer 30-StundenWoche erhöht sich der Wert sogar auf 62 Jahre.

aus: Lübecker Nachrichten vom 19.05.2020

Nicht nur die Fleischindustrie: Menschenwürdige Arbeit muss generell sichergestellt sein

"Die Corona-Krise leuchtet viele Themen aus, die vorher politisch eher unterbelichtet und gleichwohl unhaltbar waren - jetzt auch die Schatten der Freizügigkeit: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere aus anderen EU-Ländern, im Niedriglohnsektor in Deutschland sind unhaltbar", so Diakonie-Präsident Ulrich Lilie heute in Berlin.

"Wir begrüßen den Vorstoß von Arbeitsminister Hubertus Heil, in der Fleischindustrie die weit verbreitete Arbeitsausbeutung abzuschaffen. Wir fordern die Bundesregierung jedoch auf, nun den Blick auch auf Betroffene in anderen Branchen zu richten, die unter ähnlichen Bedingungen in Deutschland arbeiten müssen." Ob auf dem sogenannten "Arbeiterstich" für Tagelöhner oder oft auch im Industrie-, Logistik- oder Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Saisonarbeit und Landwirtschaft, oft seien Menschen unter teils skandalösen Bedingungen und zu Niedrigstlöhnen beschäftigt.

Ulrich Lilie: "Die Wurzel des Übels sollte Herr Hubertus Heil jedoch nicht nur bei den Unternehmen suchen: Wer Werkverträge statt Tariflohn zulässt, ein Zweiklassen-System durch missbräuchliche Verwendung von Leiharbeit und Entsendung schafft und Arbeitsuchende von Sozialleistungen ausschließt, nährt den Boden für Arbeitsausbeutung bis hin zu Menschenhandel. Angesichts der prekären Lebenslagen in den nun auffälligen Fleischbetrieben wird deutlich, wie sinnvoll ein Grundrecht auf ein sozio-kulturelles Existenzminimum als Teil der unantastbaren Menschenwürde ist. Denn fehlende Existenzsicherung ist Nährboden für entwürdigende Ausbeutung."

Die Diakonie Deutschland fordert seit Jahren die sozialrechtliche Gleichbehandlung aller Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, vergleichbare soziale Mindeststandards in der EU und hat sich deutlich gegen Sozialleistungs- und Kindergeldausschlüsse für arbeitssuchende EU-Bürger ausgesprochen.

Bereits 2015 hat die Diakonie Deutschland in ihrer Handreichung "Arbeitsausbeutung und Menschenhandel" die oft äußerst prekäre Situation von Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten in Unternehmen, auf Großbaustellen und in Privathaushalten aufgegriffen, die seit Jahren in den diakonischen Beratungsstellen und Einrichtungen beobachtet wird: "Es werden Zustände beschrieben, die viele in Deutschland nicht für möglich gehalten hätten."

*aus: Verlautbarung der Pressestelle des
Diakonischen Werkes der EKD*

Immer weiter so !!??

Bei der Corona-Krise gibt es mannigfaltige Baustellen und es wird deutlich, dass bei dieser Pandemie nur ein geeintes Europa wirtschaftlich funktionieren und bestehen kann. Wir sind davon abhängig, dass wir in andere europäische Länder exportieren können. D.h. wir müssen schwächere Länder solidarisch unterstützen, damit unsere Wirtschaft wieder ins „Laufen“ kommt.

Die Corona-Krise offenbart eklatante Defizite des Sozialstaates. Viele Menschen fallen durch das Raster der Unterstützungsprogramme oder verzweifeln an der Bürokratie (z. B. Solo-Selbständige, Minijobber, für Menschen mit Grundsicherung fallen die „Tafeln“ weg). Auch das Lohnniveau ist in den letzten Jahren gesunken! Nach der Finanzkrise 2008 gab es drastische Kürzungen im Sozialen und in der Infrastruktur. Es wurden Krankenhäuser verkauft und Pflegekräfte entlassen!

Die aktuelle Krise verdeutlicht, dass die so genannte „soziale Marktwirtschaft“ in der globalen Welt ohne eingreifen des Staates nicht funktioniert! Auf diesem Hintergrund ist es arrogant und unverschämt, wenn deutsche Konzerne, hier vor allem die Autoindustrie und die Luftwaffe, staatliche Hilfen fordern und gleichzeitig Dividenden ausschütten. Bezeichnender Weise haben diese Konzerne auch „Zweigstellen“ in Steuerparadiesen!! Zur Zeit ist es schwierig dagegen öffentlich zu protestieren und zu einer Demonstration aufzurufen. Corona-Leugner, rechte und linke extreme Gruppen, Fantasten und Spinner würden diese Demo wohl für sich nutzen und prinzipiell ist es auch wohl schwierig angemessene Abstände einzuhalten. Aber was können wir tun??

Wir als DAGSe sehen nur die Möglichkeit, sich an Aufrufen und Protesten im Netz zu beteiligen, die das Ansinnen der Konzerne zurückweisen und die Politik unter Druck setzen.

Dazu gibt es im Netz viele gute Kommentare und Institutionen (z.B. Campact, Public Forum, Mehr Demokratie, Lobby Controll, usw.), die man für entsprechende Proteste nutzen kann.

Karlheinz Schaumberg

Leserbrief

Eine Frage, die ich mir zu Beginn der Corona Pandemie stellte, und auf die ich gern Antwort hätte "Warum wurde die Börse nicht geschlossen. Da werden Unternehmen mit staatlichen Geldern, die ja nicht die Politik erwirtschaftet, gerettet?"

Vorher hatten sie noch Gewinne gemacht und andere spekulieren mit diesen Papieren. Für wenig Geld wird gekauft und nach der Rettung werden Gewinne gemacht.

Wer sind die Gewinner und wer die Verlierer der Corona Pandemie.

In diesen Zeiten zeigen sich der Kapitalismus und fortschreitender Neoliberalismus in seiner Breite.

Das Gesundheitssystem wurde kaputtgespart und die notwendigen Medikamente und jetzt die Schutzausrüstungen wurden im Ausland beschafft.

Was wird sich ändern: "Erst kommt das Geld und dann der Mensch".

Es ist traurig, entspricht jedoch der Realität.

Danke für euer Engagement und bleibt am Ball und gesund.

Solveig-Karen Hanisch

Buchbesprechung

Alexander Jorde

KRANKE PFLEGE Gemeinsam aus dem Notstand

Tropen Verlag - Sachbuch ISBN 978-3-608-50384-5

März 2019 (3. Auflage)

Preis: als Buch 17,00 €, als eBook 13,99 €

Dieses Taschenbuch über ein aktuelles Thema, das uns sicher alle beschäftigt, möchte ich allen Lesern vom Info – Blatt empfehlen. In diesem Sachbuch schreibt ein junger Mann in seinem letzten Ausbildungsjahr zum Gesundheits- und Krankenpfleger über die Misere in der Pflege in unserem Land. Die meisten von uns, aber vor allem die Betroffenen selbst und die Fachleute, kennen die Probleme in diesem Bereich seit Jahren.

Alexander Jorde erlebt täglich diese Situation und kann die Probleme im Detail ausführlich benennen. Er beschreibt den politischen Hintergrund und fragt nach den Schuldigen, die diesen Notstand nicht verhindert haben. Doch er beklagt sich nicht nur, denn er ist trotz allem begeistert von diesem Beruf. Er sucht nach Wegen, die zu einer Veränderung und Verbesserung führen können. Im „Blick über den Tellerrand“ führt er Beispiele an, die vor allem in Nachbarländern schon Wirklichkeit geworden sind.

Es geht Jorde nicht nur um mehr Anerkennung für den Pflegeberuf und um eine bessere Bezahlung. Er beklagt die ständige Überforderung der Mitarbeiter/-innen, die zu viele Pflegebedürftige betreuen müssen. Der Druck wird auf Dauer so groß, dass viele, im Schnitt nach 7 – 8 Jahren, aufgeben und den Beruf wechseln. Jorde kann das Argument, eine Verbesserung sei zu teuer und nicht finanzierbar, nicht akzeptieren. Er verweist auch hier auf Beispiele in anderen Ländern. „Tod, Krankheit, Pflegebedürftigkeit sind Tabuthemen in unserer Gesellschaft.“ So führt Alexander Jorde in sein Buch ein. „--- und doch kann es jeden von uns in kürzester Zeit betreffen.“ Es hilft uns, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Uwe Held

Für Eure/Ihre schriftliche und verbale Unterstützung unserer Arbeit und unserer Themen danken wir sehr. Es ist wünschenswert, dass Themen und Diskussionsbeiträge von unseren Leserinnen und Lesern eingebracht und wenn uns Beiträge zugesandt werden, die wir im Info-Blatt oder auf unserer Homepage veröffentlichen können. Über Anregungen und Kritik freuen wir uns.

**Beiträge und Anregungen bitte an
Klaus Herrmann,
Email: kherrmann@kabelmail.de**

Auch unser Treffen am 08.06. musste wegen der Corona-Krise ausfallen. Es haben sich lediglich 4 Mitglieder von DAGS über Skype ausgetauscht.

Ob die für den 06.07., 10.08., 14.09. 12.10 und 09.11.2020 verabredeten Treffen stattfinden können, kann derzeit noch nicht verbindlich gesagt werden.

Ebenso muss noch über den Ort entschieden werden, da der bisherige Treffpunkt im Seniorenheim Haus Weinberg fraglich geworden ist. Wir informieren über unseren Internetauftritt über den neuen Treffpunkt.

Du allein kennst das Herz aller Menschenkinder.

(Monatsspruch für Juni 2020 aus 1. Könige 8,39)

Herausgeber: DAGS

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Siegfried Heidler, Hamburg

Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

30. Juni 2020